

INHALT

Info-Box: Eckpunkte aus dem Parteiprogramm	3
Glaubt nichts! - Ein Kommentar	4
Leukefeld: Armut bekämpfen heißt Ursachen beseitigen	4
Neues aus der AG Senioren	5
Energiewende: Wertschöpfung muß vor Ort bleiben	6

CubaSi und Petermann



Veranstaltung. Das Büro des Bundestagsabgeordneten Jens Petermann lädt alle interessierten Menschen zu einer thematischen Veranstaltung nach Meiningen ein. Thema: "Der etwas andere Reisebericht" von Ingeborg Giewald. Dabei berichtet die Arnstädterin über Cuba und aktuelle Projekte im Land. Die Veranstaltung mit CubaSi und Jens Petermann (MdB) findet am 17.11. in Meiningen statt. Beginn ist um 16.00 Uhr im Haus der Generationen in der Alte Henneberger Strasse in Meiningen.

Erfurter Parteitag: Programm beschlossen



Das Grundsatzprogramm unserer Partei ist beschlossen! Und das Abstimmungsergebnis ist fast wie früher: 96,9 Prozent der Delegierten haben dem Programm zugestimmt. Dass es so eindeutig wird, hatte sich wohl keiner träumen lassen. Gegen 14.30 Uhr tritt zum ersten Mal Oskar Lafontaine ans Mikrofon. „Ich bitte euch, die Debatte nicht mehr aufzumachen. Jetzt geht es darum, die Partei zu einen.“ Mit ihm, so der Saarländer, werde es jedenfalls keine Schlupflöcher beim Thema Kriegseinsätze geben. Es sind nur wenige Sätze, aber sie wirken. Der Streit um eine klarstellende Formulierung zum Thema Bundeswehr-Auslandseinsätze, ist beendet. Der Kompromiss, wonach zwar ein Ende aller Kampfeinsätze gefordert wird, aber humanitäre Aktionen weiterhin nicht ausgeschlossen sind, besteht. In seiner Rede zum Schluss des

Parteitags nimmt Lafontaine die beiden Vorsitzenden Klaus Ernst und Gesine Löttsch in Schutz. „Wenn unsere Führung angegriffen wird, dann braucht sie unsere Unterstützung – auch, wenn sie Fehler gemacht hat.“ Den Streit um die Castro-Glückwünsche und die Antisemitismus-Vorwürfe nennt er absurd und empfiehlt den Mitgliedern mehr Selbstbewusstsein. Er nennt es „aufrechten Gang“. Gregor Gysi übernimmt anschließend den Part des Integrators, der die zerstrittenen Flügel zur Einheit mahnt. „Hätten wir nur die Reformer, wären wir der SPD zu ähnlich. Hätten wir nur die Radikalen, wären wir in der Gesellschaft isoliert. Unser Reiz ist, dass wir beides haben.“ Ab Montag, so Gysi, müsse die Linke ihre Selbstbeschäftigung einstellen. Intensiv streiten die Delegierten um Formulierungen, etwa ob sie nun gegen „Faschismus“, „Neofaschismus“ oder „Neonationalsozialismus“ sein sollen.

Wegen des Zeitverzugs muss sogar der Tanzabend gestrichen werden. Nach und nach wird ein Streitpunkt nach dem anderen abgeräumt. Ob Auslandseinsätze, Israel oder Regierungsbeteiligungen: Stets steht die Kompromisslinie des Vorstands. Als es eng wird, wie bei den Bedingungen für Koalitionen, geht Sahra Wagenknecht ans Mikrofon, die stellvertretende Parteivorsitzende, und wirbt für die Kompromissformulierung.

Aus den Fugen gerät die Debatte nur in einem Punkt: bei der Drogenpolitik. Überraschend beschließt der Parteitag, nicht nur „weiche“ Drogen wie Haschisch oder Marihuana zu legalisieren, sondern auch „harte“ wie Kokain oder Heroin. Als dann die Schlagzeilen über die Agenturen laufen, beschließt der Parteitag eine Konkretisierung. Es gehe nur um die Entkriminalisierung von Abhängigen durch eine kontrollierte Abgabe der Drogen, Rauschgifthandel solle weiter verfolgt werden.

Am Ende steht ein Programm, das die Mitglieder zwar noch durch Urabstimmung bestätigen müssen, das Klaus Ernst aber schon mal als „Kampfansage an die Herrschenden“ bezeichnet. Allen Zweiflern wurde gezeigt: „Wir sind da, und wir werden auch bleiben.“ (pm)

Alle Reden und Grußworte sowie zahlreiche weitere Bilder sind im Internet verfügbar: www.die-linke.de



Wer in Glaubenssachen den Verstand befragt, kriegt unchristliche Antworten.

Wilhelm Busch

Eckpunkte aus dem Parteiprogramm

Systemwechsel: Die Linke strebt einen "demokratischen Sozialismus" an. "Wir kämpfen für einen Systemwechsel" und: "Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte."

Verstaatlichung: Banken, Energieversorger und "weitere strukturbestimmende Bereiche" sollen in gesellschaftliches Eigentum überführt werden.

Umverteilung: Die Linke will Erbschaften, Kapitalerträge und Konzerngewinne deutlich stärker besteuern. Millionäre sollen jährlich fünf Prozent ihres Vermögens abführen. Der Spitzensteuersatz soll "kräftig" angehoben, das Ehegattensplitting abgeschafft werden.

Arbeit: Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit soll zunächst auf 35 und längerfristig auf 30 Stunden verkürzt werden. Der Mindestlohn soll gesetzlich bei 60 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens festgelegt werden.

Soziales: Hartz IV will die Linke durch eine Mindestsicherung ersetzen, die private Krankenversicherung soll abgeschafft und das Rentenalter bei höchstens 65 liegen.

Regierungsbeteiligung: Für Koalitionsverhandlungen gelten ab sofort Tabus. Die Linke will sich an keiner Regierung beteiligen, die Kampfeinsätze der Bundeswehr zulässt, Aufrüstung vorantreibt, die Privatisierung der Grundversorgung oder Sozialabbau betreibt oder die

Aufgabenerfüllung des öffentlichen Dienstes verschlechtert.

Verteidigung: Die Nato soll aufgelöst und durch ein "kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands" ersetzt werden. Kampfeinsätzen der Bundeswehr erteilt die Linke eine klare Absage. Zu unbewaffneten humanitären Bundeswehreinheiten in Ausnahmefällen enthält das Programm keine eindeutige Aussage. Für zivile Einsätze zur Katastrophenhilfe schlägt die Linke die Bildung eines "Willy-Brandt-Korps" mit Ärzten, Wissenschaftlern und Technikern vor.

Rüstung: Waffenexporte sollen verboten werden.

Migration: Die Einbürgerung von Ausländern soll erleichtert werden.

Drogen: Der Konsum aller Drogen - darunter auch Heroin und Kokain - soll langfristig legalisiert werden.

Energie: Alle Atomkraftwerke sollen unverzüglich stillgelegt werden.

Verkehr: Die Erweiterung des Autobahn- und Straßennetzes soll gestoppt werden, für Autofahrer soll ein Tempolimit von 120 Kilometern pro Stunde gelten. Den innerdeutschen Flugverkehr will die Linke weitestgehend und den europäischen zu einem großen Teil auf die Schiene verlagern.

Schilderungen der Eindrücke zum Erfurter Parteitag

Liebe Genossinnen und Genossen!
In einem historischen Ort, in dem vor 120 Jahren die SPD ein revolutionäres, marxistisches Programm beschloss, fand unser Parteiparteitag statt. Nach einer mehr als anderthalb jährigen intensiven Diskussion, auch in unserem Kreisverband, wurde unser Parteiprogramm mit einer überaus überwältigenden Mehrheit von 97% beschlossen. Ausdruck der breiten demokratischen Diskussion, waren die ca. 1400 Änderungsanträge zum Programmwurf. Damit verbunden war auch demzufolge ein hohes Arbeitspensum für alle Delegierten, zu denen ich gehören durfte. Das Programm ist in die Zukunft gerichtet, weil es die Aufgaben umfasst, die sich unsere Partei für die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Lande vornimmt. An dominierender Stelle ist verankert, dass wir für die Überwindung des Kapitalismus,

der nicht das Ende der Geschichte sein kann, und die Errichtung des demokratischen Sozialismus eintreten, einer Gesellschaftsordnung, die durch Demokratie und Ausbeutungsfreiheit gekennzeichnet sein wird. Unser Anliegen ist die Durchsetzung der Demokratie.



Wir wollen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Wir wollen Solidarität in die Gesellschaft tragen. Dazu bedarf es einer Solidarität innerhalb der Partei.

Wir wollen die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand. Wir stehen in der Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung, von den Pariser Kommunisten (mit ihrer Losung „Krieg den Palästen, Friede den Hütten“). Wir sind für einen sozialökologischen

Umbau der Gesellschaft.

Unser Programm ist eine Herausforderung an die Finanzdiktatur. Vom eigenen Erleben her würde ich den Parteiparteitag als zweiten wichtigen Meilenstein nach dem Gründungsparteitag der LINKEN vom 16. Juni 2007 für die Entwicklung der linken Bewegung in Deutschland ansehen.

Es kommt nunmehr darauf an, die Ziele des Programms in die Massen zu tragen, sprich die Menschen auf der Straße zu informieren und zu mobilisieren, sie für die gerechteste Sache der Welt zu begeistern. Entscheidend wird der kommende Mitgliederentscheid, in dem alle Mitglieder der Partei aufgefordert sind dem Programm zuzustimmen. Erst dann wird das Programm zum grundlegenden Dokument für die Partei DIE LINKE.

Peter Fickel, Kreisvorsitzender und Delegierter zum Bundesparteitag

Wir sollten niemals aus den Augen verlieren, daß der Weg zur Tyrannei mit der Zerstörung der Wahrheit beginnt.

Bill Clinton

Glaubt nichts! - Ein Kommentar Zum Kauf der Steuersünder-CD

Zu Hans – Ulrich Jörges Artikel im STERN 27/2011

„Ein sehr guter Artikel!“ habe ich am 28.09.2011 auf diesen Ausschnitt geschrieben, bevor ich ihn zur weiteren Verwendung eingescannt habe. Warum sehr gut? Schon die Überschrift springt mich an „Glaubt nichts! Zweifelt!“. Darunter wird der Bezug hergestellt wem wir nichts glauben sollen. Dort heißt es kurz und prägnant: „Die Regenten (sic!) Europas bewältigen nicht die Krise, sie selbst sind die Krise...“ Glaubt nichts, was Regierungen, staatstragende Parteien und Medien in Bezug auf die akute Krise des Kapitalismus verkünden. Sie wollen nur Zeit erkaufen, damit die Banken sich mit dem Vermögen des Volkes retten können und die Hauptverursacher der Krise möglichst ungeschoren davonkommen. Sehr originell und aktuell ist auch der Verweis auf Bertold Brechts „Lob des Zweifels“ und zwar 1. in der Sache, weil Zweifel am kapitalistischen System – und besonders an seiner tragenden Säule, dem Finanzkapitalismus – immer angebracht sind. 2. wird jeder, der Brechts „Lob des Zweifels“ liest und den Kopf nicht nur zum Haare schneiden trägt, zu seinem bekannten „Lob des Kommunismus“ hingelenkt. Ich glaube nicht, dass der Autor das nicht gesehen hat. Dort heißt es ja bekanntlich: „Die Dummen nennen ihn dumm und die Schmutzigen nennen ihn schmutzig...“. Umso armseliger und feiger erscheinen da die Versuche einiger



Würdenträger auch in unserer Partei, sich vom Kommunismus (ob nun „nur“ vom Begriff oder auch vom Inhalt) zu distanzieren. „Ja wollt ihr denn ewig im Kapitalismus stecken bleiben?“ möchte man da fragen.

Es muss uns wieder viel stärker um Alternativen zum real existierenden Kapitalismus auch in der BRD gehen, denn der Autor hat völlig recht wenn er schreibt: „Die (Herrschenden) haben die Welt nicht mehr unter Kontrolle. Die sind ratlos...“ Wenn es dann noch weiter unten heißt: „Inzwischen verschafft sich die junge, die verlorene Generation Europas auf neue Weise Gehör... besetzt sie öffentliche Plätze- und will von der Politik nichts mehr wissen. Einer Politik, die ihre alten Spiele spielt, als wäre nichts.“ Kann man nur sagen: „So ist es“. Der Kapitalismus steckt in seiner schlimmsten Krise seit langem und auch wir als LINKE werden von den Jungen, die jetzt beginnen auf die Barrikaden zu gehen, nicht als Avantgarde, als Problemlöser, sondern eher als Teil des Problems gesehen. Das liegt vor allem daran, dass wir uns auch in der BRD bequem eingerichtet haben und zu oft nur als Arzt am Krankenbett des Systems erscheinen. Wir sollten wirklich aufwachen und die neuen Chancen, die sich bieten ergreifen, denn nur Revolutionäre mit Rollator, das wird wohl nichts. H. Schoenburg

Der finanzpolitische Sprecher der LINKEN im Thüringer Landtag, Mike Huster, sieht im Ankauf von CDs mit Daten von mutmaßlichen Steuersündern einen „vernünftigen Weg zur Herstellung von Steuergerechtigkeit“. Das umstrittene Abkommen mit der Schweiz über die Besteuerung von Kapitalanlagen nennt Huster einen „unerträglichen Deal mit Steuerkriminellen“. Mit dem Ankauf der so genannten Steuer-CDs durch deutsche Finanzbehörden könne nach Auffassung des Finanzpolitikers nicht nur mehr Geld für die öffentlichen Haushalte eingenommen werden, sondern vor allem könnte für Steuergerechtigkeit gesorgt werden. „Die Steuerfahnder sollen weiterhin die Möglichkeit haben, Steuerbetrüger als Kriminelle zu ermitteln und einer gerechten Strafe zuzuführen“, sagte Huster. „Und genau diese Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke, wenn sich die Steuerhinterzieher anonym freikaufen können.“ Für den LINKEN Finanzexperten sei daher das Abkommen mit der Schweiz „nur eine Bankrotterklärung des Staates vor superreichen Steuerhinterziehern“. Das vorgesehene anonyme Freikaufen Sorge dafür, dass die Steuergerechtigkeit und auch das Vertrauen in den Rechtsstaat leiden. Abschließend forderte Huster die Landesregierung erneut auf, sich endlich für die Wiederinkraftsetzung der Vermögenssteuer einzusetzen. (pm)

Armut bekämpfen heißt Ursachen beseitigen - Ohne Umverteilung des Reichtums ist das nicht zu schaffen

Im Jahr 1992 erklärte die Generalversammlung der Vereinte Nationen den 17. Oktober zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut. „Armut bekämpfen heißt vor allem, die Ursachen von Armut zu beseitigen und die Teilhabe der Menschen in allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Gerade für die 60.000 betroffenen Kinder in Thüringen entspricht dies oft nicht ihrer Lebensrealität. Auch Erwerbsarbeit ist heute längst keine Garantie mehr, Armut zu verhindern. Deshalb fordere ich einerseits, die Anstrengungen für GUTE Arbeit und entsprechende Entlohnung zu verstärken und andererseits alles zu unternehmen, um das soziale Netzwerk im Land Thüringen zu erhalten und Menschen

konkrete Hilfe zur Bewältigung des Lebensalltages zu geben. Ohne



Umverteilung des Reichtums durch Einführung einer Vermögenssteuer sowie einer Finanztransaktionssteuer ist das nicht zu schaffen.“, sagt die stellvertretende Landesvorsitzende Ina Leukefeld. Sie nimmt den Internationalen Tag zur Verhinderung von Armut zum Anlass, folgende Forderungen der Partei DIE LINKE. zu bekräftigen, •Keine Sparmaßnahmen auf Kosten der sozial Benachteiligten und Langzeitarbeitslosen, deshalb Rücknahme des Sparpakets der Bundesregierung,

•Tarifgerechte Entlohnung der Beschäftigten und Einführung eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohnes von 10 € pro Stunde, •Durchsetzung des Rechts auf existenzsichernde Arbeit •Einführung einer Kindergrundsicherung statt bürokratische Handhabung des Bildungs- und Teilhabepaketes •Sicherung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe jedes Menschen am gesellschaftlichen Leben und an demokratischer Mitwirkung durch Bildung •Perspektivisch diskutiert Die LINKE. die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, um allen Menschen die Garantie der Existenzsicherung zu geben und damit Armut grundsätzlich zu verhindern. (pm)

Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Karl Marx

Am 6. Oktober 2011 fand in Erfurt aus Anlaß des 20. Jahrestages der Gründung der Landessenioren-Arbeitsgemeinschaft eine Festveranstaltung im Pullmann-Hotel statt, an der auch zwei Vertreter aus dem Gebietsverband Schmalkalden-Meiningen teilnahmen. So waren Gen. Heinz Daßler, Mitglied des Landessprecherrats aus Zella-Mehlis und Gen. Rolf Eitzert, seniorenpolitischer Sprecher des Kreisverbandes aus Schmalkalden nach Erfurt gekommen.

Nach einer herzlichen Begrüßung aller angereisten Teilnehmer/innen durch die Sprecherin der Landesseniorenarbeitsgemeinschaft Genn. Ursula Monsees hob der Landesvorsitzende DIE LINKE in Thüringen Knut Korschewsky (MdL) in seinem Grußwort hervor, daß die LAG Seniorinnen und Senioren zu den aktivsten AGs im Landesverband Thüringen gehört und so auch Maßstäbe im Bundesverband gesetzt hat. Dazu gehört u.a. auch die Erarbeitung der Seniorenpolitischen Leitlinien der Partei DIE LINKE in Thüringen., die auf der 2. Tagung des 2. Landesparteitages am 13.11.2010 in Steinhalleben beschlossen wurde, sowie die Nutzung aller Handlungsempfehlungen, damit möglichst viele dieser aufgezeigten Spielräume Wirklichkeit werden.

Anschließend hob die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Genn. Karin Söllner noch hervor, daß die LAG Thüringen mit 168 Mitgliedern die größte AG im Bundesverband darstellt. Sie verwies darauf, daß es notwendig ist, eine neue Kultur des Alters und des Alterns in der Gesellschaft zu entwickeln und zu gestalten.

Dabei sind folgende drei Standbeine noch stärker zu nutzen und zu koordinieren:

1. Landesvorstand der Partei und Landtagsfraktion
2. Seniorenverbände (z.B. Volkssolidarität) und Seniorenbeiräte der Kreise und Städte
3. die Seniorinnen und Senioren vor Ort.

In einer Festrede brachte Gen. Dieter Hausold (MdL) zum Ausdruck, daß die Entwicklung der AG Senioren nicht zu trennen sind von der Entwicklung der Partei (PDS – DIE LINKE). Die Seniorinnen und Senioren haben wesentlich dazu beigetragen, daß das

Neues aus der AG Senioren



Vertrauen der Menschen zurück- bzw. neu gewonnen werden konnte. Anders seien die Wahlerfolge in Thüringen nicht erklärbar. Seniorenpolitik sei eine Querschnittsaufgabe, die in viele Politikfelder hineinreicht. Wesentliche Schwerpunkte davon sind inzwischen auch Teil des 2. Entwurfs des Parteiprogramms. Solidarität zwischen den Generationen und ständige Kommunikation mit den Menschen sind und bleiben wichtigste Aufgabe. Schließlich wies er noch darauf hin, daß in den westlichen Landesverbänden der Partei DIE LINKE die Seniorinnen und Senioren in der Unterzahl sind.

In ihrem Ausblick auf die kommenden Jahre betonte Genn. Margit Jung (MdL) die Notwendigkeit der Überwindung der sogenannten „weißen Flecken“, wo es zur Zeit in den Gebietsverbänden noch keine AGs Senioren gibt. Unser Ziel sollte es sein, noch intensiver in der Partei, der Gesellschaft und den Kommunen für die Umsetzung unserer Seniorenpolitischen Leitlinien zu wirken. Dafür sind die Handlungsempfehlungen (zu den seniorenpolitischen Leitlinien) geeignete Möglichkeiten der Mitwirkung, um allen Menschen auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben in Würde ohne Altersarmut zu ermöglichen.

In diesem Sinne sei es erforderlich, den vorliegenden Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE zur Stärkung der Interessenvertretung von Seniorinnen und Senioren in Thüringen zu überprüfen und eine Alternative zum „weichgespülten“ Thüringer Landesgesetz der Regierung anbieten zu können. Auf ausgewählte inhaltliche Schwerpunkte wurde anschließend von Genn. Jung hingewiesen, die wir im Kreisverband in den AGs Senioren auswerten und als zukünftige Aufgaben beraten und beschließen werden.

Nach einem stärkenden Imbiß und anschließender Ehrung aktiver und verdienstvoller Seniorinnen und Senioren ging die erlebnisreiche Festveranstaltung „20 Jahre Senioren AG Thüringen“, zu Ende. R.Eitzert



Freiheit ist die Freiheit zu sagen, daß zwei und zwei gleich vier ist. Sobald das gewährleistet ist, ergibt sich alles andere von selbst.

George Orwell

Im November haben Geburtstag:

01. 60. GT Wolfgang Danz, Fambach
 05. 75. GT Harty Peter, Trusetal
 10. 91. GT Christoph Linde, Schmalkalden
 11. 84. GT Erich Unversucht, Floh-Seligenthal
 12. 92. GT Heinz Herrmann, Schmalkalden

13. 82. GT Robert Endter, Schmalkalden
 14. 88. GT Helmut Behnisch, Schmalkalden
 20. 84. GT Alfred Frank, Floh-Seligenthal
 22. 65. GT Günter Werner, Wernshausen
 22. 80. GT Liselotte Künzel, Schmalkalden
 22. 81. GT Gisela Latzko, Schmalkalden
 26. 85. GT Vera Kresse, Meiningen

Kontostand Spendenkonto:

Anfangsbestand	2.051,50 €
Spenden	+ 62,00 €
Bankgebühren	- 2,00 €

Saldo	2111,50 €

Energieerzeugung: Wertschöpfung muss die Wirtschaftskreisläufe vor Ort stärken



zur Produktion erneuerbarer Energien seien nicht in Thüringen ansässig, so Hellmann, der auch Bürgermeister der „Solarkommune“ Viernau in Südthüringen ist. Deshalb fließe die Wertschöpfung aus der Region ab. Das sei eine verhängnisvolle Tendenz, betonte der Abgeordnete.

Notwendig sei jedoch, die Mittel vor Ort zur Verfügung zu haben, um regionale Wirtschaftskreisläufe – über Energiefragen hinaus – in Gang zu bringen. Doch bisher seien insbesondere die meisten Kommunen in Thüringen aufgrund leerer Kassen nicht in der Lage, ihre eigene Stromproduktion merklich auszuweiten. Daher bleiben dieses wichtige Investitionsfeld und damit auch die Wertschöpfungskette anderen überlassen. Das sei kein Thüringer Problem, sondern betreffe alle neuen Bundesländer, erläuterte Hellmann.

Er fordert ein Programm der Thüringer Bürgerschaftsbank, um hiesige Investoren gezielt zu unterstützen. Dazu habe er bereits Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium geführt. Hellmann verwies darüber hinaus auf einen Arbeitskreis in Südthüringen, der unter Einbeziehung von Vertretern der Sparkassen und der IHK eine Pilotfunktion ausübe. (pm)

Für ein Gesamtkonzept zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Thüringen warb am 19. Oktober 2011 in einem Pressegespräch Manfred Hellmann, Sprecher für Energiepolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Wenn Thüringen das selbst gesteckte Ziel der massiven Ausweitung erneuerbarer Energien erreichen wolle, sei die Unterstützung von in der Region ansässigen Unternehmen, von Kommunen und von Thüringer Privatinvestoren durch die Landesregierung nötig. Die Betreiber der meisten Großanlagen

Besucherfahrten nach Berlin und Erfurt

Auch in diesem Jahr wird in der zweiten Dezemberhälfte für alle Interessierten eine Besucherfahrt in den Thüringer Landtag durchgeführt. Möglich macht das eine Einladung unseres Abgeordneten Manfred Hellmann. Nach der Busfahrt in die Landeshauptstadt wird der Landtag besichtigt.

Anschließend besteht u.U. die Möglichkeit auf den Besucherplätzen an einer Plenarsitzung teilzunehmen. Nach einem Mittagessen in der Landtagskantine bringt der Bus die Besuchergruppe in die Erfurter Innenstadt. Dort ist dann Zeit für einen Besuch des Weihnachtsmarktes oder der

Erfurter Innenstadt. Am späten Nachmittag wird der Bus dann wieder zurück im Kreis sein. Die gesamte Fahrt ist kostenlos. Ab sofort werden Anmeldungen im Wahlkreisbüro entgegengenommen.

Auch der Bundestagsabgeordnete Jens Petermann bietet die Möglichkeit, im Rahmen einer Besuchergruppe die Hauptstadt inklusive des Bundestages sowie weiterer politischer Sehenswürdigkeiten zu besuchen. Hier sind jedoch längerfristige Anmeldungen notwendig. Diese sind bitte an das Büro Jens Petermann in Meiningen zu richten.

Impressum:

DIE LINKE Schmalkalden-Meiningen

Kreisvorstand, in Verantwortung von Ronald Hande (V.i.S.d.P.)

Tel. (03683) 466333
 webmaster@die-linke-sm.de
 www.die-linke-sm.de

Spendenkonto:

Nr. 1706060366
 BLZ: 84050000

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge oder Pressemitteilungen (pm) trägt der Verfasser die alleinige Verantwortung.

Öffnungszeiten der Kreisgeschäftsstelle:

Di. und Do.
 14.00 - 16.30 Uhr
 (und nach Vereinbarung)

Sofern Geschäftsstelle nicht besetzt ist, bitte im Abgeordnetenbüro von Manfred Hellmann (MdL) klingeln (direkt darüber).

Jens Petermann (MdB)
 Nonnenplan 7
 98617 Meiningen
 Tel.: (03693) 880179

Manfred Hellmann (MdL)
 Hoffnung 11
 98574 Schmalkalden
 Tel.: (03683) 466333

DIE LINKE im Internet:
 www.die-linke-sm.de

DIE LINKE.
 Kreisverband
 Schmalkalden-Meiningen